



Haushalts- und Finanzausschuss

46. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

28. November 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:00 Uhr;
14:15 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) | 1 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800, 13/3150 (1. Ergänzung) und 13/3250 (2. Ergänzung)
Zweiter Beratungsdurchgang hinsichtlich aller Einzelpläne und Beratung der 2. Ergänzungsvorlage der Landesregierung | |
| | Finanzminister Jochen Dieckmann trägt zunächst die Eckpunkte der 2. Ergänzung vor. | 1 |
| | Abschließend berät der Ausschuss Einzelfragen der 2. Ergänzung und generelle Themen zum Haushaltsplanentwurf. | 2 |
| | Danach werden die Einzelpläne zur Beratung aufgerufen. Wortmeldungen ergeben sich bei: | |
| | - Einzelplan 08 | 11 |
| | - Einzelplan 20 | 12 |

*) Vertraulicher Teil zu TOP 13 s. Vertr. APr 13/16

2 Schattenkreditwirtschaft beenden - Restkreditermächtigungen begrenzen 15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3216

Der Ausschuss debattiert über den Antrag und stimmt darüber ab.

Der **Antrag Drucksache 13/3216** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

3 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege 17

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2942

Nach kurzer Erörterung wird vereinbart, die weitere Beratung im Anschluss an die vom federführenden Ausschuss geplante Anhörung durchzuführen.

4 Zukunftsprogramm "Arbeit und Umwelt" des Landes Nordrhein-Westfalen 17

Vorlage 13/1819

StS'in Friedrich (MUNLV) und StS Bickenbach (MWA) berichten dem Ausschuss und antworten auf Fragen der Abgeordneten. Das Thema soll nach Abschluss der Haushaltsberatungen noch einmal aufgegriffen werden.

5 Sicherheit braucht bessere Rahmenbedingungen für die Polizei 20

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3009

Nach kurzer Erörterung **lehnt** der Ausschuss den **Antrag Drucksache 13/3009** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **ab**.

6 Verwaltungsmodernisierung in der Polizei - Fehlentwicklungen vorbeugen 21

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3063

Der Ausschuss **stimmt dem Antrag Drucksache 13/3063** ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **zu**.

7 Polizeibeauftragte/r des Landes Nordrhein-Westfalen 21

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2993

Der **Antrag Drucksache 13/2993** wird ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

8 Einrichtung einer Leerstelle im Kapitel 01 010 Titel 422 01 21

Vorlagen 13/1732 und 13/1774

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses „Personal“ **erteilt** der Ausschuss nach kurzer Erörterung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP seine **Einwilligung** in die Einrichtung der Leerstelle.

9 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern 22

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
Drucksache 13/2798 (Zwischenbericht)
Ausschussprotokoll 13/634
Vorlage 13/1813

Angesichts der Bemühungen des federführenden Ausschusses, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, wird die Beratung vertagt.

- 10 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen** 22

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3096

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Haushalts- und Finanzausschuss dem federführenden Ausschuss einstimmig, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/3096 anzunehmen.**

- 11 Errichtung des Nationalparks Eifel** 23

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3152

In Verbindung damit:

Nationalpark Eifel: Erster Nationalpark in Nordrhein-Westfalen

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/3181

Nach kurzer Beratung wird einvernehmlich **beschlossen**, auf ein **Votum zu verzichten**. Zugleich werden die Bemühungen um eine Konsensfindung im federführenden Ausschuss unterstützt; dabei sollen aber die finanzpolitischen Interessen des Landes berücksichtigt werden.

- 12 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91a GG;
hier: 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** 23

Vorlage 13/1696

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion dem Landtag einstimmig, die **Vorlage zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Manfred Palmen (CDU)

- 13 Bürgerschaftsfall LTU** 24

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. *Vertr. APr 13/16*).

Haushalts- und Finanzausschuss

28.11.2002

46. Sitzung (öffentlicher Teil)

ei-beh

9 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2279

Drucksache 13/2798 (Zwischenbericht)

Ausschussprotokoll 13/634

Vorlage 13/1813

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert, dieser Gesetzentwurf sei an den Hauptausschuss - federführend - und den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden, und verweist auf die am 5. September 2002 durchgeführte Anhörung.

Manfred Palmen (CDU) führt aus, im Ausschuss für Kommunalpolitik sei gestern von den Koalitionsfraktionen angeregt worden, über diesen Antrag nicht abzustimmen und Anfang nächsten Jahres möglicherweise eine Kommissionsreise durchzuführen, um sich zum Instrument der Konnexität etwa über das österreichische Verfahren zu informieren, und dann den Versuch zu unternehmen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. - Er rege an, auch im HFA die Beratung zu verschieben.

Ernst-Martin Walsken (SPD) wendet ein, der Ausschuss für Kommunalpolitik sei auch nur mitberatend tätig. Es komme darauf an, ob der Hauptausschuss mit einer Vertagung einverstanden sei. - Auf den Erörterungen am Rande einer Hauptausschusssitzung hat **Marianne Thoman-Stahl (FDP)** den Eindruck mitgenommen, dass sich alle Beteiligten noch etwas Zeit nehmen wollen, um möglichst zu einer gemeinsamen Lösung zu finden.

Vorsitzender Volkmar Klein wird das klären und, falls notwendig, diesen Punkt am 5. Dezember nachträglich auf die Tagesordnung setzen. Ansonsten werde sich der Ausschuss nächstes Jahr wieder damit befassen.

10 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/3096

Nach Angaben des **Vorsitzenden Volkmar Klein** möchte der federführende Hauptausschuss am 5. Dezember entscheiden, sodass der HFA heute sein Votum abgeben müsse.

Manfred Palmen (CDU) stellt fest, das Gesetz setze die Bundesvorgaben 1:1 um. Das sei in Ordnung; die CDU-Fraktion werde zustimmen.